

**1. Symposium Sozialökologische Transformation**

**17. Februar 2023 in Karlsruhe**

**Keynote**

**Sozialpolitik und Klimapolitik zusammendenken –**

**Ansätze für eine sozialökologische Balance**

**Michael Löher**

**Vorstand Deutscher Vereins für öffentliche u. private Fürsorge e.V.**

**(10:00 bis 10:15 Uhr)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup,  
sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr über die Einladung hier nach Karlsruhe zum 1. Symposium Sozialökologische Transformation. Das Thema der sozialökologischen Transformation gewinnt immer mehr an Bedeutung. Auch den Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge treibt dieses Thema seit einiger Zeit um. Im vergangenen Jahr stand die Frage, wie wir die ökologische Wende sozial gestalten können, unter anderem im Fokus unseres 82. Deutschen Fürsorgetages und bildete den thematischen Schwerpunkt unseres jährlichen Hauptausschusses.

Sozialpolitik und Klimapolitik zusammendenken – Ansätze für eine sozialökologische Balance: Unter diesem Titel möchte ich heute einige Aspekte mit Ihnen teilen, die wir zu diesem Themenfeld diskutieren. Dabei geht es vor allem um Diskussionsansätze und erste Erfahrungen von Mitgliedern des Deutschen Vereins, die sich bereits mit Ideen auf den Weg gemacht haben. Zu vielen Punkten hat auch der Deutsche Verein noch keine beschlossenen Positionen, also nageln Sie mich nicht darauf fest. Hier wird in Zukunft noch einiges zu diskutieren und auszuhandeln sein – auch Sie leisten mit dem heutigen Symposium einen wichtigen Beitrag dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Auswirkungen des Klimawandels sind inzwischen unübersehbar und sie rücken immer näher an uns heran. Das Hochwasser im Ahrtal, die extremen Hitzesommer, die jedes Jahr ums Neue übertroffen werden, verheerende Waldbrände: Ereignisse dieser Art treten in immer engerer Taktung auf. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und seine Folgen zeigen außerdem, wie verletzlich unser Energiesystem ist, das nach wie vor in großen Teilen auf fossilen Energieträgern beruht. Der Handlungsdruck ist – nicht erst jetzt – offensichtlich.

Der Klimawandel schafft aber auch neue soziale Risiken und verstärkt bestehende Schieflagen – ein Phänomen, das wir bei anderen Krisen- und Transformationsprozessen, wie der COVID-19-Pandemie oder der digitalen Transformation, ebenfalls beobachten. Umso wichtiger ist es, jetzt die Weichen richtig zu stellen.

Professor Fishedick hat es in seinem Impuls beim 82. Deutschen Fürsorgetag des Deutschen Vereins so formuliert: „Worauf es jetzt ankommt, ist eine sozial-ökologische Balance. Klimapolitik und Sozialpolitik müssen zusammengedacht werden. Sozialpolitik muss auch eine ökologische Lenkungswirkung haben und Nachhaltigkeit befördern. Hohe Belastungen von einkommensschwachen Haushalten entstehen nicht durch, sondern durch zu wenig Klimaschutz. Der Preis des Nichtstuns ist im Vergleich zum sofortigen Handeln viel höher.“

Sie merken: Ich habe mich beim Titel meiner heutigen Keynote ein bisschen von Professor Fishedick inspirieren lassen. Auch Professor Nullmeier hat dem Deutschen Verein im vergangenen Jahr einige interessante Denkanstöße mitgeben. Hier erspare ich Ihnen aber selbstverständlich ein Zitat. Sie hören ja gleich das Original.

Wie also kann eine sozialökologische Balance aussehen? Und wo liegen noch Hürden, die wir aus dem Weg räumen müssen?

Die Folgen der ökologischen Krise treffen Menschen mit geringerem Einkommen und im Grundsicherungsbezug besonders hart. Gleichzeitig fehlt ihnen in der aktuellen Lage häufig der Gestaltungsspielraum.

Wenn klimafreundlichere Alternativen finanziell gefördert werden, aber der Eigenanteil so hoch ist, dass Menschen mit geringerem Einkommen diesen nicht aufbringen können, ist das mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine schwierige Botschaft. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht Klimaschutz für Besserverdienende fördern und andere Gruppen dabei aus dem Blickfeld geraten. Entsprechende Fördermaßnahmen können natürlich trotzdem sinnvoll sein, aber als ein Baustein von vielen. Die Balance muss stimmen. Und dazu müssen wir marginalisierte Gruppen stärker in den Fokus rücken als das aktuell der Fall ist.

Mindestens sieben Millionen Haushalte in Deutschland sind auf Leistungen der Grundsicherung (Bürgergeld) oder Sozialhilfe angewiesen. Der Bedarf an Strom für Haushaltsenergie und dezentrale Warmwasserversorgung ist Teil des verfassungsrechtlich geschützten sozio-kulturellen Existenzminimums. Bisher wird dieser Bedarf auf Grundlage der bundesweiten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als Kosten in Form von bundesweit einheitlichen Pauschalen bemessen. Der Deutsche Verein empfiehlt schon länger, hier ein anderes Bemessungsverfahren zu prüfen, das die aktuellen Realkosten besser abbildet.

Nicht mehr bundesweite Durchschnittskosten, sondern der Verbrauch sollte ausschlaggebend sein. Der erhobene Verbrauch könnte nach Haushaltsgrößen, Gebäudetypen und ggf. anderen Merkmalen differenziert und Verbrauchsklassen zugeordnet werden, wie es beispielsweise beim „Stromspiegel für Deutschland“ der Fall ist. Damit wird zum einen die Bemessung realitätsgerechter: Untererfassungen werden vermieden und das Risiko von Stromschulden gemindert. Zum anderen könnten Menschen in der Grundsicherung so auch besser für ihren Stromverbrauch sensibilisiert werden.

Auch bei der Anschaffung eines neuen Kühlschranks oder einer Waschmaschine könnten wir überlegen, wie wir Haushalte der Grundsicherung und Sozialhilfe besser als bisher unterstützen. Aktuell müssen sie die Anschaffung dieser Geräte von ihrem Regelbedarf ansparen oder auf ein Darlehen vom Sozialamt oder Jobcenter zurückgreifen. Dies führt dazu, dass alte Geräte mit schlechter Klimabilanz und hohem Stromverbrauch in Betrieb bleiben. Auch hier wären andere Optionen, die sozialpolitische und umweltpolitische Erwägungen in Einklang bringen, zumindest überlegenswert:

Ein Austausch alter Geräte könnte durch kommunale Lösungen unter Einbeziehung der Stadtwerke und Fördermitteln des Landes organisiert und mit Zuschüssen unterstützt werden. Es könnte auch diskutiert werden, die Ersatzbeschaffung sog. weißer Ware aus dem pauschalierten Regelbedarf auszugliedern und stattdessen eine Förderung des Bundes für die Beschaffung energieeffizienter Haushaltsgeräte für Haushalte der Grundsicherung und Sozialhilfe aufzulegen.

Ein anderer wichtiger Ansatz ist die Energieberatung. Ab einer bestimmten Größenordnung höheren Verbrauchs könnten das Jobcenter oder das Sozialamt den Leistungsberechtigten eine Energieberatung anbieten.

Neben Haushalten im Transferleistungsbezug stellen die hohen Energiepreise aber gerade auch Haushalte mit geringerem Einkommen vor enorme Schwierigkeiten. Stromschulden und Stromsperrungen waren schon vor der aktuellen Energiekrise ein Thema. Die Energiearmut spitzt sich in der aktuellen Situation noch weiter zu. Für Haushalte in der Grundsicherung und der Sozialhilfe werden Heizkosten als Bedarfe für Unterkunft und Heizung anerkannt und übernommen, solange sie angemessen sind. Haushalte mit geringem Einkommen müssen mit Erhöhungen im Bereich der Stromkosten und der Heizkosten gleichermaßen kämpfen. Sie brauchen jetzt unsere volle Unterstützung, damit sie gar nicht erst in die Situation kommen, Sozialleistungen beantragen zu müssen.

Hier sollten wir als eine von mehreren Unterstützungsmaßnahmen überlegen, wie wir Energieberatung stärker zu den Kundinnen und Kunden bringen. Bei dieser Aufgabe können

öffentliche und freie Träger gute Partner sein. Die Beratung der Menschen in der Energiekrise könnte wie die Schuldnerberatung eine wichtige begleitende Hilfe sein.

In der aktuellen Energiekrise braucht es neben Beratung aber selbstverständlich auch gezielte finanzielle Entlastungen. Anders wären die enormen Preissprünge in Folge des Ukraine-Krieges für viele Haushalte nicht zu bewältigen. In der letzten Hälfte des vergangenen Jahres wurden Entlastungen in Form von Einmalzahlungen für Transferleistungsbeziehende, Studierende, Ältere, Familien und Geringverdienende, Energiepreisbremsen und Energiepreisdeckel sowie eine gesetzlich ergänzte Fortschreibung der Regelbedarfe und eine Wohngeldreform eingeführt.

Neben dauerhaften Maßnahmen wie der Wohngeldreform sind viele der genannten Maßnahmen einmalige Überbrückungsleistungen und zeitlich begrenzte Maßnahmen. Das ist in der aktuellen Situation, in der sich multiple Krisen zeitgleich überlagern, auch dringend notwendig. Dennoch dürfen wir nicht nur im Krisenreaktionsmodus verbleiben. Wir müssen auch wieder mehr nach vorne denken und in die aktive Gestaltung von sozial gerechtem Klimaschutz kommen. Dazu kommt es darauf an, die Rahmenbedingungen für die sozialen Dienste und Einrichtungen auf dem Weg zu mehr Klimaneutralität zu verbessern.

Viele Einrichtungen und Dienste im sozialen Bereich und auch die Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht, die ökologische Wende durch eigene Anstrengungen und Ideen zur Klimaneutralität mitzugestalten. Gerade in Pflegeeinrichtungen zeigt sich dabei, dass die Verpflegung oft die Hälfte des CO<sub>2</sub>-Verbrauchs ausmacht. Heizung und Strom sind weitere zentrale Bereiche, die größere Mengen CO<sub>2</sub> emittieren. Bei Kitas dürfte sich ein ähnliches Bild zeigen. Sowohl bei der Verpflegung als auch bei der Energie gibt es Einsparmöglichkeiten, um den CO<sub>2</sub>-Verbrauch kontinuierlich zu reduzieren.

Wichtige Stellschrauben bei der Verpflegung sind die Reduktion des Fleischkonsums, der Einsatz von biologisch angebauten, saisonalen und regionalen Produkten sowie die Vermeidung von Speiseabfällen. Dabei geht es aber nicht um radikale Lösungen. Akzeptanz

ist ein wichtiger Aspekt. Oder anders ausgedrückt: Den Seniorinnen und Senioren soll nicht das Fleisch vom Teller geklaut, sondern eine gute vegetarische Alternative angeboten werden, die schmeckt. In der Küche kann man versuchen, die Überproduktion zu vermeiden, indem nur das produziert wird, was auch gegessen wird und in der Menge, in der es tatsächlich gegessen wird. Wir können also im Kleinen anfangen, um nachhaltig etwas zu verändern.

Im Energiebereich sind Einsparungen aufgrund der hohen Kosten naturgemäß schwieriger. Hier können Einrichtungen beispielsweise mit Photovoltaik-Anlagen auf ihren Dächern selbst nachhaltigen Strom erzeugen. Eine neue Heizanlage anzuschaffen, die ökologisch arbeitet, ist eine größere Investition. Übers Jahr gesehen entstehen damit geringere Heizkosten, was aber auch dazu führt, dass man bei der Refinanzierung weniger bekommt, weil die Heizkosten ja geringer sind. Im Ergebnis ist also der finanzielle Anreiz, eine ökologische Heizanlage anzuschaffen, oft nicht ausreichend gegeben. Hier müssen wir politisch ansetzen und bessere Anreize schaffen.

Auch die Beschaffung ist ein wichtiger Aspekt. Ökologische, faire und nachhaltige Standards sollten im Beschaffungsprozess eine noch zentralere Rolle spielen. Hier sollten wir gemeinsam überlegen, wie wir diese noch besser verankern und umsetzen können.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt, der Pflegeeinrichtungen, Kitas und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, aber auch viele weitere soziale Einrichtungen und kommunale Angebote betrifft, ist die Gebäudesanierung und der energetische Neubau.

Mit ermüdend langen Genehmigungsprozessen halten wir die Vorgaben beim Bauen so hoch, dass wir mindestens Gold- wenn nicht Platinstandard erreichen. Hier kann der schnellere Weg zur zweitbesten Lösung manchmal die bessere Option sein, als mit der maximalen Gründlichkeit noch die letzten 5% herauszuholen.

Viele Bestandsgebäude sind außerdem in einem energetisch schlechten Zustand, wodurch schon aus diesem Grund höhere Energiekosten anfallen. Auch hier wirkt die Energiekrise weiter verschärfend.

Kurzfristige Anpassungen sind beispielsweise bei Pflegereinrichtungen nicht immer mit den Kostenträgern verhandelbar. Aufgrund des Teilleistungscharakters der Pflegeversicherung werden höhere Vergütungen die Pflegebedürftigen noch weiter finanziell belasten. Eine Finanzreform der Pflegeversicherung ist ein weiteres wichtiges Thema, das ansteht. Darauf werde ich jetzt aber nicht im Detail eingehen. Der Deutsche Verein hat dazu schon Ende 2020 Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir warten nach wie vor gespannt auf einen Entwurf des Bundesgesundheitsministeriums. Karl: Es gibt nicht nur Corona und Cannabis!

Ende 2020 wurde zumindest das SGB XI dahingehend konkretisiert, dass erheblich gestiegene Energiekosten explizit als Grund für vorgezogene Neuverhandlungen der Pflegevergütungen angesehen werden. Eine ähnliche Regelung könnte auch für Einrichtungen der Eingliederungshilfe hilfreich sein. Das allein reicht aber nicht aus. Vor allem im Bereich der Investitionskosten braucht es mehr finanzielle Unterstützung für soziale Einrichtungen, sowohl hinsichtlich der Einsparung von Heizkosten als auch beispielsweise für besseren Hitzeschutz im Sommer.

Es gibt eine Reihe finanzieller Förderprogramme. Mit der Kommunalrichtlinie werden Kommunen bereits seit 2008 dabei unterstützt, ihre Emissionen nachhaltig zu senken. Viele Kommunen haben über die Kommunalrichtlinie aber bislang nur Fördermittel für eine oder zwei Maßnahmen beantragt – nicht, weil sie nicht mehr Klimaschutz wollen, sondern weil der bürokratische Aufwand bei der Beantragung sie ausbremst. Dafür fehlt nicht nur die Zeit, sondern auch das Personal. Wenn wir mehr Klimaschutz fördern wollen, dann muss das schneller und pragmatischer gehen.

Klimaschutz sollte außerdem weniger abhängig von Förderprogrammen sein. Wir müssen weg von der Projektitis und Klimaschutz als Daueraufgabe anerkennen, finanziell hinterlegen

und die Kosten dafür gerecht verteilen – in unserem Mehrebenensystem ist das nicht immer einfach. Notwendig ist es trotzdem. Hier ziehe ich noch einmal den Bogen zu dem Zitat vom Beginn: Hohe finanzielle Belastungen entstehen nicht durch, sondern durch zu wenig Klimaschutz. Der Preis des Nichtstuns ist im Vergleich immer höher.

Ein klimafreundlicher Infrastrukturausbau trägt dazu bei, die Teilhabe in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge zu verbessern. Das betrifft nicht nur einzelne Einrichtungen, sondern eine sozial-ökologische Quartiersentwicklung insgesamt. Bildung ist ebenfalls ein wesentlicher Aspekt. Bewusstseinsbildung für Nachhaltigkeit fängt schon in der Kita an und zieht sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche und Altersgruppen.

Auch bei der Mobilität müssen wir neue Wege gehen und klimaschädliche Investitionen abbauen. Radikale Lösungen und verhärtete Fronten bringen uns aber nicht weiter. Man kann auch Fahrradwege ausbauen und trotzdem Parkplätze für Autos zur Verfügung stellen, damit sich der mobile Pflegedienst nicht aus einzelnen Gebieten zurückzieht – solche Diskussionen gibt es vor Ort zum Teil wirklich.

Zur richtigen Balance zwischen Klimapolitik und Sozialpolitik gehört gegenseitiges Verständnis, ein respektvolles Miteinander und eine gemeinsame – auch finanzielle – Verantwortungsübernahme über die föderalen Ebenen hinweg. Nur so können wir mit allen relevanten Akteuren vor Ort gemeinsam Klimaschutz sozial gerecht voranbringen.